

Konrad Adenauer
und die deutsche
Entwicklungspolitik

Für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie

Peter Molt

Vor fünfzig Jahren, im Jahr 1962, begann die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie begründete damit in diesem Arbeitsbereich zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung das System der politischen Stiftungen, eine „deutsche Eigenheit, die auf der ganzen Welt ihresgleichen sucht“ (Rudolf Schloz, *Deutsche Entwicklungspolitik*, München 1979, Seite 107). Dieses war wiederum Teil der Institutionalisierung der Entwicklungspolitik als neuer Politikbereich. Wie stand der Namensgeber der Stiftung, Konrad Adenauer, in dessen letzten Regierungsjahren die Entscheidung für ein eigenständiges Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit und für die pluralistische Struktur ihrer Umsetzung getroffen wurde, dazu?

Die wissenschaftliche Literatur klammert bisher die Rolle Konrad Adenauers, die dieser als Bundeskanzler in den ersten Jahren der deutschen Entwicklungspolitik spielte, weitgehend aus, allenfalls wird ihm mangelndes Verständnis der neuen weltpolitischen Entwicklungen zugeschrieben. Neu veröffentlichte oder zugängliche Quellen, insbesondere die vom Bundesarchiv veröffentlichten Kabinettsprotokolle, die Akten des Auswärtigen Amtes und Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, führen jedoch zu einer anderen Bewertung.

Die frühen 1960er-Jahre waren geprägt von dem verschärften Ost-West-Konflikt.

Als Folge der expansionistischen Politik Chruschtschows nahmen die Spannungen um den Status von Berlin zu, die im Mauerbau am 13. August 1961 und in der Konfrontation russischer und amerikanischer Panzer am 17. Oktober 1961 am Checkpoint Charlie gipfelten. Die USA sahen ihre Sicherheit durch die Stationierung russischer Raketen in dem unter Fidel Castro kommunistisch gewordenen Kuba ernsthaft bedroht. Dazu kam die Schwäche Europas wegen der innenpolitischen Krise Frankreichs als Folge des Algerienkriegs und der daraus resultierenden Schwierigkeiten der weiteren europäischen Integration. Die Auflösung der europäischen Kolonialreiche barg zudem die Gefahr des Abdriftens der neuen Staaten in das kommunistische Fahrwasser. Die Welt stand – so sahen es Adenauer und andere von den historischen Erfahrungen der beiden Weltkriege geprägte Politiker – vor dem Abgrund eines globalen Krieges zwischen den beiden Supermächten.

Ein zweites Kuba verhindern

Der damalige Boom der Entwicklungspolitik, der in der von den Vereinten Nationen 1960 ausgerufenen „Ersten Entwicklungsdekade“ zum Ausdruck kam, war das Ergebnis der dramatischen Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes. Die westlichen Großmächte suchten die Ausweitung des Einflusses der UdSSR auf die Entwicklungsländer zu begrenzen und einen weiteren Fall Kuba zu verhindern. Zweifellos waren – wider alle Entwick-

lungsrhetorik – damit auch wirtschaftliche Interessen verbunden, letztlich ging es aber dabei um die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft.

Konrad Adenauer traute Frankreich und Großbritannien zu, den Prozess der Konsolidierung der neuen, aus ihrem Kolonialreich entstandenen Staaten ohne Abstriche an ihrer europäischen Sicherheitspolitik zu bewältigen. Lateinamerika dagegen sah er als eine Region, die durch die Proliferation des „Fidelismus“ und den damals vehementen Antiamerikanismus in eine unmittelbar die Sicherheitsinteressen der USA tangierende Krise geraten war. Er war zutiefst besorgt, dass der neue US-Präsident John F. Kennedy und sein Außenminister Dean Rusk dem russischen Druck zum Nachteil des Status von Berlin und Deutschlands nachgeben und grundsätzliche Positionen aufgeben könnten. Für die Bundesrepublik Deutschland hatte deshalb der Umbruch in den Entwicklungsländern eine erhebliche Bedeutung für ihre Sicherheit und nationalen Interessen. Es waren diese außenpolitischen Entwicklungen, die zu einer organisatorischen Neuordnung und Verstärkung des deutschen Beitrags zur internationalen Entwicklungshilfe führten.

Es hatte zwar schon zuvor deutsche Entwicklungshilfeleistungen gegeben, aber sie folgten keiner einheitlichen Zielsetzung und litten unter dem Gegensatz außen- und wirtschaftspolitischer Motive. Für das wirtschaftliche Engagement in den Entwicklungsländern in den 1950er-Jahren gab es gewichtige Gründe. In der Phase des raschen wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Implementierung der Sozialen Marktwirtschaft, der Marshallplan-Hilfe und des Beginns der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war es für die deutsche Industrie – nach dem Verlust ihrer ausländischen Niederlassungen und Investitionen im und nach dem Zweiten Weltkrieg –

lebenswichtig, ihre traditionellen außer-europäischen Absatzmärkte wiederzugewinnen und neue zu erschließen. Die USA unterstützen komplementär zum Marshallplan die deutsche Exportwirtschaft, indem sie deutsche Firmen am Bau von Militärbasen vor allem in Griechenland und der Türkei beteiligten oder sich für Aufträge aus bi- und multilateralen Hilfsprogrammen einsetzten. Gefördert wurden die außenwirtschaftlichen Anstrengungen durch entsprechende Handelsverträge, durch Bundesbürgschaften und -garantien und durch Mittel des aus dem Marshallplan entstandenen ERP-Sondervermögens. Diese Politik hatte Erfolg, bereits 1952 ging ein Drittel aller westdeutschen Exporte in Entwicklungsländer.

Neues Mittel der Außenpolitik

Außenpolitische Interessen gewannen dagegen erst nach und nach an Gewicht. Zunächst ging es der Regierung Adenauer nur darum, Deutschland wieder in die internationale Staatengemeinschaft einzugliedern. Da die Bundesrepublik kein Mitglied der Vereinten Nationen war, lag das Schwergewicht bei finanziellen Beiträgen zu UN-Organisationen und -Programmen und zur Weltbank. Mit der Gründung der EWG wurde die Bundesrepublik unmittelbar mit der Frage der Entkolonialisierung konfrontiert. Vor allem Frankreich und Belgien forderten einen besonderen Entwicklungsfonds für ihre Kolonien. Als die Verhandlungen zur EWG wegen dieser Frage ins Stocken gerieten, setzte Konrad Adenauer im Bundeskabinett gegen die Bedenken des Bundeswirtschaftsministers die deutsche Beteiligung aufgrund der übergeordneten europapolitischen Zielsetzungen durch.

Nach dieser Entscheidung ließ sich allerdings die Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber bilateralen Entwicklungsvorhaben nicht mehr aufrecht-

erhalten, weil die zuständigen Ministerien und der Bundestag als Ausgleich zur multilateralen Hilfe auf ein sichtbares nationales Engagement drängten. So entsprachen die großen staatlich garantierten Kredite für Industrie- und Infrastrukturvorhaben in Indien und Ägypten zwar den Interessen der daran beteiligten deutschen Firmen, sie waren aber maßgeblich davon motiviert, die beiden Staaten von einer Annäherung an die UdSSR und von der Anerkennung der DDR abzuhalten.

Dazu kam 1956 auf Beschluss des Bundestags die Einstellung von Mitteln für technische Entwicklungshilfe in den ordentlichen Haushalt des Auswärtigen Amtes. Dieser Vorgang wird in der Literatur oft als Beginn der deutschen Entwicklungspolitik interpretiert. Das Parlament habe zur Korrektur der passiven Haltung der Bundesregierung die Initiative ergriffen. Tatsächlich war der Antrag einer parteiübergreifenden Gruppe von Abgeordneten mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt, das vorausschauend die wachsende Bedeutung der Entwicklungshilfe erkannte und sich dafür – entsprechend dem Muster der anderen großen Industrieländer – seine Zuständigkeit sichern wollte.

Es begründete diesen Anspruch damit, dass man für die Durchsetzung der 1956 verkündeten „Hallsteindoktrin“ einen Hebel für eine systematische und präventive Deutschlandpolitik benötige (Bastian Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt 2006*, Seite 29–31). Die Regierungen der jungen Staaten könnten nur durch die Zusage von Entwicklungshilfe von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR abgehalten werden. Der bescheidene Betrag von fünfzig Millionen D-Mark pro Jahr entsprach allerdings kaum dieser Zielsetzung und war auch nicht ausreichend, um die USA und Großbritannien, die zunehmend auf eine stärkere Beteiligung der Bundesrepublik an

der internationalen Entwicklungszusammenarbeit drängten, zufriedenzustellen.

Bonn in der Pflicht

Dem russischen Expansionsdrang konnte nur durch eine massive Entwicklungshilfe, wie im *Point-Four-Programm* Präsident Trumans 1949 versprochen, begegnet werden. Für die USA und Großbritannien, die damals unter erheblichen Zahlungsbilanzdefiziten litten, bedeutete dies immer größere finanzielle Lasten. Deshalb suchten sie nach Entlastung. In der Diskussion waren damals vor allem ein großer zentraler Fonds bei den Vereinten Nationen, aus dem die technische Hilfe finanziert werden sollte, und eine Bereitstellung von verbilligten Krediten über die Weltbank, für die dann später – 1960 – die *International Development Association* (IDA) gegründet wurde. Von der wirtschaftlich erstarkten Bundesrepublik wurde dazu ein erheblicher Beitrag erwartet. Dieser müsse wegen der „interdependence“ der westlichen Welt und als Kompensation für die frühere Marshallplan-Hilfe und für die Kosten der Truppenstationierung erbracht werden, verlautbarten der amerikanische Außenminister John Foster Dulles und sein britischer Kollege Selwyn Lloyd im Oktober 1957.

Adenauer sah sich deshalb auf der NATO-Tagung im Dezember 1957 in Paris zu einer grundsätzlichen Zusage für größere Hilfen der Bundesrepublik veranlasst. Damit stellte er das Bundeskabinett, in dem die Frage vorher nicht besprochen worden war, vor vollendete Tatsachen. Diese Zusage war der entscheidende Schritt zur Begründung eines substanziellen deutschen Beitrags zur internationalen Kapitalhilfe über die IDA und national über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Insgesamt wurden drei Milliarden DM für die kommenden Jahre zugesagt. Außerdem trat die Bundesrepublik der auf US-amerikanische

*Eröffnung der Politischen Akademie Eichholz am 12. April 1957:
Bruno Heck, Konrad Adenauer, Kai-Uwe von Hassel, Eugen Gerstenmaier,
Kurt Georg Kiesinger, Franz Meyers, Heinrich Krone, Hans Globke (von links nach rechts).*
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung/Archiv für Christlich-Demokratische Politik



Initiative aus der Marshallplan-Organisation OEEC entstandenen OECD und ihrem Entwicklungsausschuss bei, der die Leistungen der Geberländer koordinieren und kontrollieren sollte.

Die Einlösung dieser Zusagen ließ jedoch erneut auf sich warten, sie wurde weiterhin durch grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesfinanzministerium blockiert.

Die eingangs erwähnte Verschärfung des Kalten Kriegs zu Beginn der 1960er-Jahre und seine Auswirkungen auf die nationale Sicherheit und Interessen der Bundesrepublik ließen schließlich einen weiteren Aufschub nicht mehr zu. Schon die Regierung Eisenhower, vor allem aber die Regierung des neu gewählten Präsidenten Kennedy verlangte nachdrück-

lich eine Budgetierung der Zusagen im ordentlichen Bundeshaushalt. Die Bemühungen der Bundesregierung, ihre Entwicklungszusammenarbeit durch eine Bundesanleihe, eine Beteiligung der Länder und die Erlöse der Privatisierung des Volkswagenwerks zu finanzieren und steuerliche Anreize für private Investitionen in den Entwicklungsländern zu geben, wurden von den USA als unzureichend kritisiert.

Präsident Kennedy bezeichnete auf einer Pressekonferenz am 8. Februar 1961 sowohl die Frage der Kosten für die Truppenstationierung als auch die eines substanziellen deutschen Beitrags zur Entwicklungshilfe als langfristig zu lösende Aufgaben. Am 17. Februar 1961 musste Außenminister Heinrich von Brentano Kennedy zusagen, für beide Bereiche kontinuierliche Leistungen zu erbringen.

Adenauer sprach sich daraufhin im Bundeskabinett nachdrücklich dafür aus, endlich den Wünschen der USA nach mehr und effizienterer Entwicklungshilfe zu entsprechen. Um die deutsche Bereitschaft sichtbar zu machen und das Kompetenzgerangel der Ministerien zu beenden, wurde im Bundeskanzleramt im Frühjahr 1961 geplant, nach den Bundestagswahlen 1961 im Auswärtigen Amt einen „Beauftragten für die Koordination der Entwicklungshilfe“ im Rang eines Staatssekretärs einzusetzen.

Gründung des BMZ

Die Koalitionsverhandlungen mit der FDP nach der Bundestagswahl im September 1961, bei der die CDU/CSU die absolute Mehrheit verloren hatte, eröffneten Bundeskanzler Adenauer die Möglichkeit, das Problem in seinem Sinne zu lösen. Obwohl er in den Koalitionsverhandlungen zunächst der FDP ein Europaministerium anbot, dürfte er in der Gründung eines Entwicklungsministeriums von vornherein eine bessere Option gesehen haben. Die Gründung eines eigenen Ministeriums hatte den Vorteil, den Einfluss des Bundeskanzleramtes auf den neuen Politikbereich, den Adenauer für zunehmend wichtig hielt, zu stärken. Gegen eine Konzentration der Zuständigkeiten im Wirtschaftsministerium sprach, dass dieses zu sehr nur die wirtschaftlichen Fragen in den Blick nahm, gegen die Übertragung an das Auswärtige Amt, dass dieses die ihm zur Verfügung gestellten Mittel zur technischen Hilfe nicht effizient eingesetzt hatte und in seinen Entscheidungen durch völkerrechtliche Gesichtspunkte und die Hallsteindoktrin begrenzt war.

Trotz des vehementen Protestes Brentanos und Erhards, der sogar mit seinem Rücktritt drohte, setzte Adenauer in den Koalitionsverhandlungen, die wegen eines vorher terminlich vereinbarten Treffens mit Kennedy unter Zeit-

druck zu Ende gebracht werden mussten, die Gründung eines eigenständigen Entwicklungshilfeministeriums, das von dem FDP-Bundestagsabgeordneten Walter Scheel geleitet werden sollte, durch.

Für das neue Ministerium war in erster Linie eine koordinierende Funktion vorgesehen. Der trotz der schwierigen Haushaltslage beträchtlich aufgestockte Titel für technische Hilfe wurde dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) übertragen, unterlag aber weiterhin dem Votum des interministeriellen Lenkungsausschusses. Das BMZ erhielt aber die Zuständigkeit für alle neu auftretenden Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Die bewusste Unschärfe des entsprechenden Passus im Organisationserlass nutzte der bisher für die Entwicklungszusammenarbeit im Bundeskanzleramt zuständige Abteilungsleiter Friedrich Vialon, der Scheel von Bundeskanzler Konrad Adenauer als Staatssekretär vorgeschlagen worden war, zu einer systematischen Strategie der Kompetenzzuweisung. Zu den „neu auftretenden“ Aufgaben in der Kompetenz des BMZ gehörten auch zwei Bereiche, die auf persönliche Initiativen Konrad Adenauers zurückgingen: die finanzielle Unterstützung der kirchlichen Entwicklungsarbeit und das Programm der gesellschaftspolitischen Bildung durch die politischen Stiftungen.

Die Kirchen als Partner

Den Vorschlag, die Kirchen als Partner der staatlichen Entwicklungshilfe zu gewinnen und entsprechend zu fördern, machte Adenauer bereits im Mai 1960 im Bundeskabinett. Aus seiner Sicht konnten kirchliche Organisationen wegen der Fachexpertise und der Sprach- und Kulturkenntnisse ihrer Missionare eine tragende Rolle bei der Implementierung der Entwicklungszusammenarbeit spielen. Die Zusammenarbeit mit den Kirchen sah

Adenauer als einen Weg zur sozialen Stabilisierung der neuen Gesellschaften von unten, während er die Maßnahmen der staatlichen finanziellen und technischen Entwicklungszusammenarbeit im Wesentlichen nur außenpolitisch für wirksam hielt. Selbstverständlich sprach für die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken der Kirchen auch der unerwartet große Erfolg ihrer Spendenkampagnen. Durch diese Zusammenarbeit erhielt die staatliche Entwicklungspolitik langfristig verlässliche Partner, die mithalfen, dass in der Öffentlichkeit der neue Politikbereich akzeptiert wurde.

Das Programm der gesellschaftspolitischen Bildung durch die politischen Stiftungen unterstützte Konrad Adenauer aufgrund von Gesprächen mit dem Generalsekretär des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes, August Vanistendael, und dem Vorsitzenden der venezolanischen christlich-demokratischen Partei, Rafael Caldera. Das Bundeskanzleramt übermittelte im März 1962 dem BMZ die Anregung, aus den in seinem Haushalt für Aufgaben der Bildungs- und Sozialhilfe zur Verfügung stehenden Mitteln einen Betrag für Maßnahmen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in den Entwicklungsländern vorzusehen, der ausschließlich der Politischen Akademie Eichholz e. V. (der Vorläuferorganisation der Konrad-Adenauer-Stiftung), der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Verfügung stehen sollte.

Der Kanzler als Schlüsselfigur

Adenauers Entscheidung für eine Neuordnung der Entwicklungspolitik war in erster Linie eine Reaktion auf die veränderte weltpolitische Lage. Aber sie war von einigen sehr festen und gleichzeitig einfachen Überlegungen bestimmt, sodass die Auswirkungen der damaligen Entscheidungen sich als außerordentlich dauerhaft erwiesen. Im dritten Kabinett

Adenauer (1957 bis 1961), aber vor allem im vierten (1961 bis 1962) und fünften (1962 bis 1963) wurden die Grundlagen der deutschen Entwicklungspolitik geschaffen: die Zustimmung zu substanziellen Leistungen Deutschlands zur multilateralen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit, zur Institutionalisierung der Entwicklungspolitik in einem eigenständigen Ministerium, zu einem im Vergleich zu den anderen großen Gebern relativ bedeutenden Einfluss des Parlaments und zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft. In einer Beschreibung der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung urteilt darüber Patrick von Zurmühlen (*Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung*, 2007, Seite 10): „Die deutsche Politik reagierte parteiübergreifend, früh und – wie sich später zeigte – mit zukunftsweisenden und effizienten Instrumenten: Sie förderte die deutschen gesellschaftspolitischen Institutionen, die intensive vertrauensvolle Kontakte zu den neuen weltpolitischen Akteuren aufgebaut hatten, besonders die politischen Stiftungen und die Kirchen. Schließlich führte die Einsicht, dass auf Regierungsebene keine geeignete Struktur von Ansprechpartnern für die neuen Eliten in den Entwicklungsländern zur Verfügung stand – das Auswärtige Amt war dazu wegen der Notwendigkeit, auf befreundete (Noch-)Kolonialmächte Rücksicht zu nehmen, kaum in der Lage –, zur Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.“

Für diese Reaktion der deutschen Politik war aber in erster Linie Konrad Adenauer verantwortlich. Die neben ihm führenden Politiker der CDU/CSU, Ludwig Erhard, Heinrich von Brentano, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß, aber auch die führenden Politiker der SPD, Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und selbst Willy Brandt, zeigten damals wenig Interesse an dem neuen Politikfeld.

Mit Ausnahme von Bundespräsident Heinrich Lübke, der die Hilfe für Afrika zu seinem Thema machte, waren es vor allem jüngere Politiker wie Kai-Uwe von Hassel, Bruno Heck und Gerhard Stoltenberg von der CDU, Walter Althammer von der CSU, Walter Scheel von der FDP sowie Hans-Jürgen Wischnewski und Heinz Kühn von der SPD, die sich dem neuen Politikfeld zuwandten.

Es war aber der alte, auf Abruf regierende Bundeskanzler, der die Weichen dafür stellte. Er verstand die Entwicklungspolitik zwar in erster Linie als neues Instrument der auswärtigen Beziehungen. Damit stand die Bundesrepublik Deutschland aber nicht allein. Außen- und sicherheitspolitische Aspekte bestimmten auch die Politik der anderen maßgeblichen Protagonisten der neuen ersten Entwicklungsdekade. Frankreich und Großbritannien ging es um die Bewahrung ihres Einflusses in ihren ehemaligen Kolonien durch die Umstellung der kolonialen Erschließungspolitik, den USA um die Eindämmung des Einflusses der Sowjetunion auf die neu unabhängig gewordenen oder werdenden Staaten Asiens und Afrikas und auf das unruhige Lateinamerika. Adenauer aber sah, dass die Entwicklungspolitik, um sie wirksam zu nutzen, für beide Seiten, Empfänger und Geber, überzeugende Formen der Zusammenarbeit finden musste. Dafür hielt er eine Institutionalisierung in einem eigenständigen Ministerium und eine flexible Arbeitsweise für notwendig, vor allem aber auch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft: „Für die Form deutscher Entwicklungshilfe traf Bundeskanzler Adenauer eine weit reichende, bis heute gültige Entscheidung: Entwicklungshilfe sollte nicht von Staat zu Staat, von Regierung zu Regierung allein geleistet werden; es galt, die gesellschaftlichen, kirchlichen und politischen Organisationen und ihre Partner im Ausland in die Entwicklungshilfe mit einzubeziehen“

(Bruno Heck, in: Philipp Jenninger, Hrsg., *Unverdrossen für Europa*, Baden-Baden 1988, Seite 250).

Lateinamerika im Fokus

Im Mittelpunkt des Interesses Adenauers an der Entwicklungspolitik stand Lateinamerika. Bereits vor dem Bau der Berliner Mauer und der Kubakrise im Herbst 1961 unterstrich er die Notwendigkeit nachdrücklicher Wirtschaftshilfe für die lateinamerikanischen Staaten und die Bedeutung gefestigter sozialer Verhältnisse im Hinblick auf eine Unterwanderung dieser Länder durch den Kommunismus. Zwar hielt er dafür in erster Linie die USA für zuständig. Andererseits sah er in einem deutschen Engagement eine Möglichkeit, die Politik der USA besonders zu unterstützen und damit die angespannten Beziehungen zur Kennedy-Regierung zu verbessern. Die neue US-Regierung setzte für ihre neue Lateinamerikapolitik besonders auf Reformkräfte, zu denen die Christlichen Demokraten zählten. Dass Adenauer Caldera nach einer schweren Erkrankung und trotz eines hektischen Terminkalenders im Februar 1962 empfing, zeigt die große Bedeutung, die er diesem Gespräch zumaß.

Vermutlich war er darüber informiert, dass die US-Regierung Interesse an einer deutschen Zusammenarbeit mit den Christlichen Demokraten Lateinamerikas hatte. Dafür gibt es allerdings (noch) keinen Beleg, aber es ist unwahrscheinlich, dass die Deutschland-Besucher der Demokraten wie etwa der Senator und spätere Vizepräsident Hubert Humphrey nur gegenüber der Friedrich-Ebert-Stiftung den Wunsch äußerten, dass sie mit-helfen sollte, der Gefahr kommunistischer Infiltration vorzubeugen, weil die USA zu den Lateinamerikanern nicht den richtigen Zugang hätten.

Auf jeden Fall nutzte Adenauer ein Gespräch mit dem Bruder des Präsidenten, Justizminister Robert Kennedy, am 24.

Februar 1962 in Bonn, um die Unterstützung der lateinamerikanischen Christlichen Demokraten anzusprechen. Dabei berichtete er seinem Gesprächspartner von dem einige Wochen zuvor mit Caldera geführten Gespräch. Die Südamerikaner fühlten sich von den USA schlecht behandelt, bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus handele es sich aus seiner Sicht in erster Linie um eine ideologische Frage, weshalb der Westen eine eigene einheitliche Ideologie brauche, die sich auf den Boden des Christentums und der Humanität gründen müsse, die amerikanische Regierung habe in den vergangenen Jahren nicht immer genügend Rücksicht auf die westliche Einheit genommen, die US-Regierung und die einflussreichen amerikanischen Gewerkschaften behandelten die Lateinamerikaner, die kulturell den Europäern viel näherstünden, falsch, und sie verstünden nicht deren „geistige Einstellung“.

Eine mit der US-amerikanischen Regierung abgestimmte deutsche Unterstützung der lateinamerikanischen Christlichen Demokraten hielt Adenauer nicht nur für Erfolg versprechend, sondern auch geeignet, den guten Willen Deutschlands zu zeigen, den es bisher in der Sicht der Amerikaner bei der allgemeinen Entwicklungszusammenarbeit hatte vermessen lassen. Er erwähnte in der Folge in Gesprächen mit ausländischen Politikern und Journalisten immer wieder seine Kontakte mit Caldera und Vanistendael, unter anderen mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle am 15. Februar 1962 in Baden-Baden und mit Henry Kissinger, der damals Berater des Präsidenten John F. Kennedy war.

Bei seinem letztem Besuch John F. Kennedys in Washington am 14. November 1962 stellte sich Adenauer vorbehaltlos hinter die entschiedene amerikanische Reaktion gegen den Versuch der Sowjetunion, in Kuba Raketen zu stationieren. Adenauer sprach in diesem Zusammenhang die Lage in Südamerika an und die guten menschlichen Beziehungen, die er zu Caldera habe, und gab zu bedenken, ob nicht die USA und Europa gemeinsam einen Marshallplan für Südamerika vereinbaren sollten.

Politische Stiftungen mit Vorbildfunktion

Dazu kam es zwar nicht, aber die von ihm initiierte internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung brachte die gewünschte Verbesserung der Beziehungen zu den USA. Beide Stiftungen galten bereits ab Mitte der 1960er-Jahre bei den Lateinamerikaspezialisten der US-Regierung als Partner, welche die lateinamerikanischen demokratischen Reformkräfte wirksam unterstützten. Zwanzig Jahre später dienten sie sogar als Vorbild für die amerikanische „National Endowment for Democracy“ und die britische „Westminster Foundation“ (John E. Rielly, „German Political Foundations and the National Endowment for Democracy. A Memoir“, in: Theodor Hanf, Hrsg., *Entwicklung als Beruf*, Baden-Baden 2009). Wenn Freiheit, Menschenrechte und Demokratie in einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern nicht nur Hoffnung blieben, sondern Realität wurden, dann ist dies auch dem Wirken der deutschen politischen Stiftungen und damit ihrem „facilitator“ Konrad Adenauer zu verdanken.